



RATUBS Nr. 2/2017

Edmund Brandt

## Fundstücke 2

Weitere Entdeckungen in der Bibliothek  
des Instituts für Rechtswissenschaften  
der Technischen Universität Braunschweig







Rechtswissenschaftliche Arbeitspapiere  
der Technischen Universität Braunschweig

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Edmund Brandt  
apl. Prof. Dr. Ulrich Smeddinck



Edmund Brandt

## **Fundstücke 2**

Weitere Entdeckungen in der Bibliothek  
des Instituts für Rechtswissenschaften  
der Technischen Universität Braunschweig



BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von



Verband der Metallindustriellen Niedersachsens e.V.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

© 2017 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH,  
Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin,  
E-Mail: [bwv@bwv-verlag.de](mailto:bwv@bwv-verlag.de), Internet: <http://www.bwv-verlag.de>

Druck: docupoint, Magdeburg  
Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.  
Printed in Germany.

ISBN Print: 978-3-8305-3839-4  
ISBN E-Book: 978-3-8305-4038-0

# Inhalt

<b>Vorwort .....</b>	<b>7</b>
<b>Erster Teil</b>	
<b>Die 34 „Fundstücke“ .....</b>	<b>9</b>
AMMON, Das Aktiengesetz und die Versicherungsuntersuchungen .....	11
BECKER, Das Hofgängersystem in der ostdeutschen Landwirtschaft .....	19
BRENCK, Die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen in Hessen .....	23
DEISENHOFER, Der Begriff der Sippe im Reichserbhofrecht .....	27
ESSER, Wert und Bedeutung der Rechtsfiktionen .....	31
FRITZLE, Schadensersatzansprüche des Hilfeleistungspflichtigen .....	40
GUCKES, Das Börsenehrengericht .....	45
HAUG, Die familienrechtliche Einbindung einzelner Gegenstände im Erbfall .....	49
HEDEMANN, Die Flucht in die Generalklauseln .....	55
KRÜGER, Banden- und Cliquenbildungen Hamburger Jugendlicher während des Krieges (1940–1943) unter besonderer Berücksichtigung der Ursachen ihrer Entstehung und ihrer Struktur .....	60
LANGE, Vom Gesetzesstaat zum Rechtsstaat .....	65
LARENZ, Vertrag und Unrecht .....	68
LOTH, Die testamentarische Erbeseinsetzung .....	75
MAUNZ, Hauptprobleme des öffentlichen Sachenrechts .....	83
MEYER, Die Gemeinschaft und das persönliche Ehrerecht im ZGB unter Berücksichtigung des BGB .....	98
MOLITOR, Deutsches Arbeitsrecht .....	104
MOLITOR, Deutsches Bauern- und Agrarrecht .....	109
NEUHAUS, Die Rückverweisung bei Alimentenklagen im deutschen internationalen Privatrecht .....	115
NIKISCH, Arbeitsrecht .....	119
ROSENSTOCK, Jugendgerichte und Jugendschutzgerichte .....	124
SCHLOEN, Die Vererbung von Bauernhöfen im Alten Amte Ottersberg .....	132
SCHMIDT, Einführung in die Rechtswissenschaft .....	136
SCHOLZ, Handbuch des gesamten öffentlichen Grundstücksrechts .....	145
SCHÜRHOLZ, Kauf bricht Miete .....	190

SIEBECK, Das öffentliche Dienstrecht . . . . .	194
STEINMETZ, Rechtsformen zwischenstaatlicher Fernmelde-Konzerne und des europäischen Fernmeldewesens . . . . .	206
STOCK, Die Strafe als Dienst am Volke . . . . .	213
THIEDAU, Das Zusammentreffen der Rechte auf Nichtigkeitserklärung, Aufhebung und Scheidung der Ehe als ziviles und prozessuales Problem . . . . .	219
TRODLER, Die Entwicklung des Jugendgerichtsgedankens in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Strafe und Erziehung . . . . .	224
WACKE, Beamtenrecht und Öffentliches Dienstrecht . . . . .	228
WACKE, Öffentliches Dienstrecht . . . . .	233
WOLLNIK, Das Wesen des gesetzlichen Forderungsüberganges bei Befriedigung seitens eines Dritten. . . . .	240
WORMIT/EHRENFORTH, Das Reichsheimstättengesetz . . . . .	245
ZIPP, Das Institut der Unterwerfung im geltenden Verwaltungsstrafrecht . . . . .	251
 <b>Zweiter Teil</b>	
<b>Quantitative Analyse</b> . . . . .	261
I. Bibliographische Ausprägungen . . . . .	263
1. Typ . . . . .	263
2. Verlag . . . . .	263
3. Erscheinungsjahr . . . . .	263
4. Einordnung in eine Reihe . . . . .	264
5. Umfang . . . . .	264
II. Inhaltliche Ausrichtung . . . . .	264
III. NS-Affinität . . . . .	264
1. Durch den Gegenstand . . . . .	264
2. Durch den Verlag . . . . .	264
3. Durch das Vorwort/die Widmung/Gestaltungselemente . . . . .	265
4. Durch andere Mittel . . . . .	265
IV. Biographien . . . . .	265
 <b>Dritter Teil</b>	
<b>Weiterführende Fragestellungen</b> . . . . .	285
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	288

# Vorwort

Die ersten „Fundstücke“ wurden bei der Sichtung der an verschiedenen Stellen gelagerten öffentlich-rechtlich ausgerichteten Bücherbestände des Instituts für Rechtswissenschaften der Technischen Universität Braunschweig entdeckt.<sup>1</sup>

Zwischenzeitlich wurden die beiden Standorte (Abteilung Wirtschafts- und Technikrecht sowie Abteilung Umwelt- und Energierecht) zusammengeführt. Bei der Vorbereitung des Umzuges stieß ich auf die – überwiegend zivilrechtlich geprägten – „Fundstücke“, die die Grundlage für diesen Band bilden. Wie im eben schon erwähnten Band „Fundstücke“ geht es hier im Wesentlichen darum, zunächst das Material auszubreiten und zu strukturieren. Zu dem Zweck werden in einer Überschrift zunächst aufgelistet:

- Autor
- Titel
- kurze Angaben zum Autor<sup>2</sup>
- Angaben zum Erscheinungsort, zum Verlag sowie zum Erscheinungsjahr
- Art des Buches.

Im zweiten Teil finden sich Ansätze einer quantitativen Analyse, die von bibliographischen Ausprägungen über die inhaltliche Ausrichtung, eine etwaige NS-Affinität bis hin zu den Autoren selbst reicht.

Abgerundet wird der Band durch einen knappen dritten Teil, in dem weiterführende Fragestellungen angedeutet werden.

Bei der Erstellung des Bandes hat B. Sc. Thomas Nagl, Wissenschaftliche Hilfskraft im Institut für Rechtswissenschaften der TU Braunschweig, in einer Weise mitgewirkt, die über das übliche Maß von Unterstützung weit hinausreicht. So sind insbesondere die Informationen zu den Autoren ihm und seinen akribischen Recherchen zu verdanken. Ihm danke ich an dieser Stelle sehr herzlich.

Mit den „Fundstücken“ sowie den „Fundstücken 2“ liegt nunmehr reichhaltiges Material vor, das der weiteren Auswertung harrt. Durchaus vorstellbar erscheint die Gewinnung von Erkenntnissen zu Ausprägungen der Rechtswissenschaften im Nationalsozialismus, die über den bisherigen Forschungsstand hinausgehen. Das gilt erst recht, wenn das übergeordnete Thema Kontinuität – Diskontinuität der Rechtswissenschaften vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland mit in die Betrachtung einbezogen wird.

Braunschweig, Dezember 2017

Edmund Brandt

---

1 BRANDT, Fundstücke, RATUBS Nr. 1/2015.

2 Gerade bei den vergleichsweise zahlreich vertretenen Dissertationen war es nur schwer, zum Teil auch überhaupt nicht möglich, Angaben dazu ausfindig zu machen. Es musste dann auf die Angaben zum Lebenslauf in den Doktorarbeiten selbst zurückgegriffen werden.



Erster Teil

## **Die 34 „Fundstücke“**



**AMMON, HEINZ**

Das Aktiengesetz und  
die Versicherungsuntersuchungen

Diplomvolkswirt und Diplomversicherungsverständiger  
aus Stuttgart

Tübingen: 1939

Inaugural-Dissertation

TÜBINGEN  
1939

RMMON  
Heinz

Das Aktiengesetz  
und  
die Versicherungsunternehmen

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

einer Lehrstuhl für Rechtswissenschaft  
Technische Hochschule Braunschweig

Hohen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

Rechtswissenschaftliche Abteilung

der

Ulrich Karls-Universität zu Tübingen

vorgelegt von

Dr. rer. pol. Heinrich Ammen

Diplomvolkswirt  
und  
Diplomversicherungsverständiger  
aus Stuttgart

1939

Obmann: Professor Dr. E i s e r

1. Berichterstatter: Professor Dr. B l o m e y e r

2. Berichterstatter: Professor Dr. F e i n e

Tag der mündlichen Prüfung: 11. November 1959

Inhaltsübersicht

Schrifttum . . . . .	VI
<b>§ 1 Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Die Unternehmungsformen in der deutschen Privatversicherung . . . . .	1
II. Die Verteilung von Aktiengesellschaft und Gegenseitigkeitsverein . . . . .	3
III. Erwerbswirtschaftliches contra genossen- schaftliches Prinzip Theorie und Wirk- lichkeit . . . . .	4
IV. Die Rechtsgrundlagen von Aktiengesellschaft und Gegenseitigkeitsverein, insbesondere das Aktiengesetz . . . . .	9
V. Umgrenzung der Arbeit . . . . .	13
<b>§ 2 Gründung von Versicherungsunternehmungen und damit zusammenhängende Fragen . . . . .</b>	
I. Materielle Staatsaufsicht . . . . .	14
II. Der Geschäftsplan als Grundlage für die Er- laubniserteilung, insbesondere die Satzung .	18
I. Der Gegenstand des Unternehmens . . . . .	20
II. Das Grundkapital der Versicherungs- aktiengesellschaft . . . . .	23
a) Seine Funktion als Garantiefonds . . . . .	24
b) Vinkulierte Namensaktion . . . . .	25
c) Tendenzen zur Vollzahlung des Grundkapitals . . . . .	29
d) Rechtfertigung des teilgezahlten Grundkapitals . . . . .	31
III. Gründungsbericht und Gründungsprüfung bei der Versicherungs-Aktiengesellschaft . . . . .	33
1. Der Gründungsbericht . . . . .	34
2. Die Gründungsprüfung . . . . .	35
a) Durch die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats . . . . .	35
b) Durch die Gründungsprüfer . . . . .	36

IV.	Die Prüfung durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	39
1.	Die Möglichkeiten der Erleichterungsverweigerung . .	39
2.	Die Richtlinien des Reichswirtschaftsministers zur Bedürfnisprüfung . . . . .	41
V.	Die Prüfung durch das Registergericht . . . . .	43
VI.	Das Verhältnis der Prüfung der Aufsichtsbehörde zu der des Registergerichts bei der Versicherungs- Aktiengesellschaft . . . . .	45
1.	Die Beurteilung von Rechtsfragen . . . . .	45
2.	Die Beurteilung von Ermessensfragen . . . . .	46
3.	Die Verfassung der Versicherungsunternehmungen . . . . .	48
I.	Überblick über die Neugestaltung . . . . .	48
II.	Vorstand und Aufsichtsrat.	
1.	Der Vorstand.	
a)	Stellung und Funktionen . . . . .	50
b)	Bestellung und Abberufung . . . . .	53
2.	Der Aufsichtsrat . . . . .	57
a)	Zusammensetzung . . . . .	58
b)	Innere Ordnung . . . . .	62
c)	Aufgaben und Rechte . . . . .	64
3.	Gerichtlich bestellte Verstands- und Aufsichts- ratsmitglieder und Sonderbeauftragte der Auf- sichtsbehörde . . . . .	65
4.	Zorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Verstands- und Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	69
5.	Die Besüge, insbesondere die Gewinnbeteiligung der Verstands- und Aufsichtsratsmitglieder . . . . .	75
III.	Die Hauptversammlung bzw. oberste Vertretung. . . . .	82
1.	Rechte . . . . .	83
2.	Einberufung . . . . .	85
3.	Das Auskunftsrecht des Aktionärs bzw. des Mitglieds. . . . .	87
4.	Das Stimmrecht . . . . .	88
5.	Die Sonderprüfung. . . . .	93
4.	Die Rechnungslegung der Versicherungsunternehmungen.	
I.	Geschichtliche Einführung . . . . .	96
II.	Rechungsabschluss und Jahresbericht. . . . .	101
1.	Feststellung und Veröffentlichung. . . . .	101

a)	Die Feststellung . . . . .	101
b)	Die Gewinnverteilung. . . . .	105
c)	Die Veröffentlichung. . . . .	110
2.	Die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, insbesondere ihre Gliederung.	
a)	Die Jahresbilanz. . . . .	112
b)	Die Gewinn- und Verlustrechnung . . . . .	118
c)	Eine Methodenfrage. . . . .	120
3.	Der Jahresbericht.	
a)	Der Inhalt. . . . .	124
b)	Die Schutzklausel . . . . .	125
c)	Die Gewinnbeteiligung im Jahresbericht. . .	126
4.	Die Wertansätze in der Jahresbilanz.	
a)	Die handelsrechtlichen Wertbegriffe . . .	129
b)	Das Anlage- und Umlaufvermögen und seine Bewertung . . . . .	131
c)	Die Besonderheiten bei den Versicherungsunternehmungen. . . . .	132
III. Die Prüfung des Rechnungsbeschlusses.		
1.	Die Wandlung in den aktienrechtlichen Prüfungsverschriften . . . . .	139
2.	Die Angleichung der Prüfungsverschriften des VAG	140
3.	Die Abschlussprüfung im einzelnen.	
a)	Der Umfang der Pflichtprüfung . . . . .	141
b)	Die Bestellung des Prüfers und seine Qualifikation . . . . .	143
c)	Rechtsverschiedenheiten zwischen Prüfer und Vorstand. . . . .	144
d)	Der Bericht des Prüfers . . . . .	145
e)	Der Beurteilungsvermerk . . . . .	147
4.	Weitere Prüfungen bei Versicherungsunternehmungen. . . . .	149
IV. Die Konzernpublizität im Versicherungswesen.		
1.	Das Wesen des Konzerns und des Konzernunternehmens. . . . .	151
2.	Die Bedeutung der Konzernbildung im Versicherungswesen. . . . .	153
3.	Massnahmen des Aufsichtsrats . . . . .	154
4.	Die aktienrechtlichen Vorschriften über Konzernpublizität im Jahresabschluss und Geschäftsbericht . . . . .	156
5.	Die Bedeutung dieser Vorschriften für Versicherungsunternehmungen . . . . .	158
6.	Die Konzernbilanz. . . . .	161

5.	Die Auflösung von Versicherungsunternehmungen.	
I.	Die Auflösungsgründe des Aktiengesetzes und des Versicherungsaufsichtsgesetzes . . . . .	165
1.	Die Auflösung durch Beschluss der Hauptver- sammlung bzw. obersten Vertretung. . . . .	167
2.	Besonderheiten bei der Auflösung durch Breff- nung des Konkursverfahrens . . . . .	168
II.	Die Untersagung des Geschäftsbetriebs durch die Aufsichtsbehörde . . . . .	170
III.	Die Abwicklung. . . . .	172
1.	Die Gesellschaftsorgane . . . . .	174
2.	Gerichtlich bestellte Abwickler und Sonderbe- auftragte der Aufsichtsbehörde . . . . .	175
3.	Die Verteilung des Vermögens . . . . .	177
IV.	Die Fertsetzung einer aufgelösten Versicherungs- unternehmung. . . . .	179
6.	Zur Bestandsübertragung, Verschmelzung und Vermögens- Übertragung von Versicherungsunternehmungen . . . . .	184
I.	Die Bestandsübertragung . . . . .	184
II.	Die Verschmelzung . . . . .	190
1.	Die Verschmelzung von Versicherungsaktien- gesellschaften durch Aufnahme.	
a)	Der Verschmelzungsvertrag . . . . .	192
b)	Die Erhöhung des Grundkapitals zur Durch- führung der Verschmelzung . . . . .	194
c)	Die Anmeldung und Eintragung der Ver- segnzung. . . . .	196
d)	Der Gläubigerabschutz bei der Verschmelzung	200
2.	Die Verschmelzung von Versicherungsaktien- gesellschaften durch Neubildung . . . . .	203
3.	Die Verschmelzung von Gegenseitigkeitsvereinen	207
a)	Die herrschende Lehre . . . . .	208
b)	Eigener Standpunkt . . . . .	210
III.	Die Verstaatlichung und die Vermögensübertragung auf einen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit .	215
1.	Die Verstaatlichung. . . . .	215
2.	Die Vermögensübertragung auf einen Versicher- ungsverein auf Gegenseitigkeit . . . . .	217
IV.	Die Vermögensübertragung einer Versicherungs- Aktiengesellschaft in anderer Weise . . . . .	221
7.	Schlussbetrachtung. . . . .	225

**BECKER, HARALD**

Das Hofgängersystem in der  
ostdeutschen Landwirtschaft

Regierungsreferendar

Frankfurt am Main: 1934

Dissertation

VIII D 310

Das Hofgängersystem in der  
Ostdeutschen Landwirtschaft.

Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde  
einer Hohen Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
an der  
Johann Wolfgang Goethe-Universität  
zu Frankfurt a. Main

vorgelegt von

Harald Becker,  
Regierungsreferendar

Hannover. Lehrstuhl für Rechtswissenschaft  
Technische Hochschule Braunschweig



Druck von J. Hoffmann & Co., Nienburg a. d. Weser  
1934.

3220

# Gliederung.

	Seite
Einleitendes . . . . .	1

## Geschichtliche Grundlagen des Hofgängersystems

A Die ländliche Arbeitsverfassung vor den Reformen von Stein-Hardenberg	2
B Die durch die Reformen veränderte Arbeitsverfassung . . . . .	4
1. Die Wirkung der Reformen . . . . .	4
2. Das Instens- und Deputantenerhältnis . . . . .	6
3. Die Verpflichtung, Hofgänger zu stellen . . . . .	6
C Die Entwicklung der Arbeitsverfassung bis heute . . . . .	10

## II

## Das Hofgängersystem in der Gegenwart

A Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	17
1. Der heutige Landarbeitervertrag . . . . .	18
2. Wer wird Hofgänger? . . . . .	19
3. Tatsächliche Stellung und Bedarf an Hofgängern . . . . .	19
B Die Ausgestaltung des Hofgängersystems . . . . .	21
I. in Pommern . . . . .	21
a) Der Deputantenvertrag hinsichtlich der Hofgängerherstellung . . . . .	21
b) Die Stellung des Hofgängers im Gutsbetriebe . . . . .	24
II. in Ostpreußen . . . . .	28
a) Der Deputantenvertrag hinsichtlich der Hofgängerherstellung . . . . .	28
b) Die Stellung des Hofgängers im Gutsbetriebe . . . . .	31
III. in beiden Provinzen das Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger . . . . .	34
a) bei Kindern und sonstigen Angehörigen . . . . .	34
b) bei familienfremden Personen . . . . .	35
IV. in Schlesien . . . . .	37
C Gesetzliche Bestimmungen . . . . .	38
D Die wirtschaftliche Bedeutung des Hofgängersystems . . . . .	38
I. für den Arbeitgeber . . . . .	38
II. für den Deputanten . . . . .	41
III. für den Hofgänger . . . . .	46
E Die Einstellung der Berufsverbände zu dem Hofgängersystem . . . . .	46
I. Arbeitgeber . . . . .	46
II. Arbeitnehmer . . . . .	47

### III

#### Die rechtliche Seite des Hofgängersystems

A Einleitendes . . . . .	48
B Das Hofgängersystem in Pommern . . . . .	49
I. Das rechtliche Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger . . . . .	49
a) Der Hofgänger ist ein minderjähriges Kind des Deputanten . . . . .	50
b) Der Hofgänger ist die Ehefrau des Deputanten . . . . .	54
c) Der Hofgänger ist ein volljähriger Angehöriger oder eine familienfremde Person . . . . .	54
II. Der Deputantenvertrag . . . . .	58
a) seine rechtliche Bedeutung . . . . .	58
b) Das Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Hofgänger . . . . .	61
c) Die Verbundenheit der einzelnen Rechtsbeziehungen . . . . .	63
III. Abweichende Auffassungen . . . . .	71
a) Die Konstruktion von Lottmar . . . . .	71
b) Die Annahme eines Dienstvertragsvertrages . . . . .	72
c) Kritik . . . . .	77
C Das Hofgängersystem in Ostpreußen . . . . .	80
I. Das rechtliche Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Hofgänger . . . . .	80
II. Der Deputantenvertrag . . . . .	81
III. Das rechtliche Verhältnis zwischen Deputant und Hofgänger . . . . .	89
D Das Hofgängersystem in Schlesien . . . . .	94
E Zusammenfassung . . . . .	95



**BRENCK, LOTHAR**

Die Rechtsverhältnisse  
der öffentlichen Straßen in Hessen

Gießen: Dissertations-Verlag G. H. Nolte Düsseldorf, 1935

Dissertation

VI G ~~520~~  
~~412~~ 330

## 2) Die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen in Hessen

3) Dissertation  
zur  
Erlangung der Doktorwürde  
bei der Juristischen Fakultät  
der Hessischen Ludwigs-Universität  
zu Gießen

eingereicht von  
1) Lothar Brend  
geboren in Offenbach a. M.



4) Gießen 1935.

---

Dissertations-Verlag G. H. Nolte Düsseldorf

ü G  
330

Genehmigt durch die Fakultät am 19. Dezember 1934.

Berichterstatter: Prof. Dr. Gmelin.

Ministerium für Wissenschaft und

Technik-Behörde und

Ministerium für

Wissenschaften

basis 12 radi 2

zu den Dokumenten ist verordnet



Best. 1934

Lehrstuhl für Rechtswissenschaft  
Technische Universität Braunschweig

Inventar-Nr. 15293

## Inhalts-Übersicht

	Seite
	§ 1 1
<b>Einleitung</b>	§ 1 1
<b>I. Die geschichtliche Entwicklung des Straßentwesens in Hessen</b>	§ 2 2
<b>II. Der öffentliche und private Weg im hessischen Rechtsgebiet</b>	§ 3 9
Die Einteilung der öffentlichen Wege	§ 4 14
<b>III. Inhalt und Umfang der Wegebaulast im Allgemeinen</b>	§ 5 16
1. Die Wegebaulast der Landstraßen erster Ordnung	§ 6 20
2. Die Wegebaulast der Landstraßen zweiter Ordnung	§ 7 21
3. Die Wegebaulast der Gemeindewege	§ 8 24
4. Der Begriff der Ortsdurchfahrt	§ 9 27
5. Die Wegebaupflicht der Ortsdurchfahrten	§ 10 29
<b>IV. Die außerordentliche Wegebaupflicht</b>	§ 11 33
<b>V. Der Rechtsinhalt des Gemeingebruchs und die Sondernutzung an öffentlichen Straßen</b>	§ 12 37
a) Der Rechtsinhalt des Gemeingebruchs	39
b) Die Sondernutzung	40
<b>VI. Die Rechte der Anlieger an öffentlichen Straßen</b>	§ 13 42
<b>VII. Das Bauverbot nach Artikel 20 Absatz 4 der Allgemeinen Bauordnung</b>	§ 14 44
<b>VIII. Die Anliegerbeiträge</b>	§ 15 49
a) Die Beitragspflicht der Anlieger im Allgemeinen	49
b) Die Beitragspflicht zu den öffentlichen Fußwegen	57
c) Die Rechtsnatur der Anliegerbeiträge	60
d) Das Verhältnis zwischen den Beiträgen nach Art. 107 Absatz 1 der hessischen Gemeindeordnung und den Anliegerbeiträgen	65
e) Das Verhältnis zwischen Kanalbenutzungsgebühren nach Artikel 108 der hessischen Gemeindeordnung und den Anliegerbeiträgen	69

## **DEISENHOFER, EDUARD**

Der Begriff der Sippe  
im Reichserbhofrecht

SS-Standartenführer und Divisionskommandeur

Göttingen: 1944

Dissertation